



Moin!

Die letzten zwei Wochen waren für uns Sozialdemokraten eine turbulente Zeit. Wichtig ist, sich jetzt wieder auf sachpolitische Inhalte zu konzentrieren und die politischen Herausforderungen der nächsten Monate anzupacken. Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung in der Pflege haben wir in dieser Sitzungswoche einen wichtigen Schritt dahin getan.

Allen Leserinnen und Lesern, ihren Familien und Freunden wünsche ich ein frohes Osterfest.

Viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters!

GARRELT DUIN, MdB

Die Agenda wirkt!

„Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden.“

Mit diesem Zitat beschrieb Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März 2003 die Leitidee der Agenda 2010, die das mutigste – und wie wir heute wissen erfolgreichste – Reformprojekt in der bundesdeutschen Geschichte darstellt. Die Agenda 2010 ist mehr als „Hartz IV“. Sie ist ein umfassendes Programm zur Reform des Arbeitsmarktes, zum Umbau der Sozialsysteme, für wirtschaftliches Wachstum und für eine bessere Familien-, Bildungs- und Forschungspolitik. Kurzum: Sie ist ein Programm zur Erneuerung des Landes. Fortschreitende Globalisierung, niedrige Wachstumsdynamik, die demographische Entwicklung und die Lage der öffentlichen Kassen verlangten vor fünf Jahren den von Gerhard Schröder geforderten „Mut zur Veränderung“. Wir sind neue Wege in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gegangen: Von der Verwaltung der Arbeitslosigkeit hin zur Vermittlung in Arbeit. Wir haben das Prinzip „Fördern und Fordern“ eingeführt. Ein aktives Bemühen um Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist eine Voraussetzung für den Leistungsbezug geworden. Die Betreuung für ältere und junge Arbeitslose haben wir intensiviert. Darüber



Gerhard Schröder bei seiner Rede zur Agenda 2010 vor fünf Jahren.

hinaus haben wir hunderttausende Menschen überhaupt erst aus der Sozialhilfe herausgeholt und sichtbar gemacht, um deren Vermittlung wir uns seitdem erst wieder kümmern können. Im Bereich der Wirtschaftspolitik haben wir neue Impulse für Wachstum und mehr Arbeitsplätze gegeben. Durch die deutliche Senkung der Einkommenssteuern – insbesondere des Eingangsteuersatzes, wovon besonders Menschen mit mittleren Einkommen profitieren – haben wir für „mehr netto“ in

den Brieftaschen der Menschen gesorgt. Ferner haben wir die Lohnnebenkosten von über 42 Prozent im Jahr 2003 auf 39,7 Prozent im Jahr 2007 gesenkt, was die Unternehmen entlastet und die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt hat. In der Familienpolitik haben wir neue Chancen für Familien geschaffen – vor allem durch ein Milliardenprogramm für den Ausbau von Ganztagschulen und neue Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren. Aus der Erhö-

hung der Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung zieht Deutschland langfristige Nutzen. Die Forschungsausgaben wurden von 2,31 % des BIP 1998 auf 2,53 Prozent in 2006 erhöht. Mit unserer Haushaltspolitik haben wir entscheidende Schritte hin zu mehr Generationengerechtigkeit gemacht. Schließlich wurde die Konsolidierung des Staatshaushalts so energisch angegangen und von der Großen Koalition fortgeführt, dass wir für 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt fest anpeilen können. Nach fünf Jahren Agenda 2010 ist es Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Unser Land steht heute deutlich besser da. Das Wirtschaftswachstum ist von -0,2 % im Jahr 2003 auf 2,5 % im vergangenen Jahr gestiegen. Die Arbeitslosenzahl sank von 4,3 Millionen im Jahr 2003 auf 3,78 Millionen im vergangenen Jahr, wobei sich auf dem Arbeitsmarkt besonders die Lage für ältere und junge Menschen unter 25 Jahre verbessert hat. Das Comeback unseres Landes als Wirtschaftsstandort zeigt sich auch anhand der boomenden Außenwirtschaft – Deutschland war im vergangenen Jahr zum vierten Mal in Folge Exportweltmeister. Anlass zur Freude gibt auch die neueste Studie der Boston Consulting Group und der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland, die der Bundesrepublik Bestnoten ausstellt und als bevorzugten Investitionsstandort bezeichnet.

Duin bei Anne Will: „Keine Zusammenarbeit mit der Linkspartei im Westen“

„Avanti dilettanti—die SPD und Ypsilanti“ - so hieß die Sendung von Anne Will am vergangenen Sonntag. Eine Stunde diskutierten die Gäste Peter Müller (CDU), Ministerpräsident des Saarlandes, Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Partei Die Linke, Hannelore Kraft, SPD-Landesvorsitzende aus Nordrhein-Westfalen, Christine Haderthauer, CSU-Generalsekretärin und Garrelt Duin über die Entwicklungen nach der Hessenwahl, möglichen Koalitionen und den Beschluss des SPD-ParteiVorstands vom 25. Februar 2008. Der Beschluss sieht vor, dass die Landesverbände der SPD selber entscheiden können, welche Koalitionen sie bilden wollen. Garrelt Duin stimmte als einziges Vorstandsmitglied gegen diesen Beschluss.

„Im Westen keine Zusammenarbeit mit der Linkspartei- Daran hätte ich gerne festgehalten, aber das ist in den letzten Tagen langsam aufgebrochen und das halte ich für einen großen strategischen Fehler“,



Garrelt Duin diskutierte am Sonntag bei Anne Will über die Entwicklungen in der SPD nach der Hessenwahl.

begründete Duin seine Gegenstimme im Parteivorstand in der Sendung. „Die Menschen erwarten eine konsequente Haltung der SPD und keinen Flickenteppich an Argumenten.“

„Ich finde es fatal, wenn Frau Metzger von der eigenen Partei unter Druck gesetzt wird, obwohl sie nichts anderes tut, als

sich daran zu erinnern, was vor der Wahl in Hessen und andernorts gesagt worden ist. Es kann doch nicht sein, dass jemand unter Druck gesetzt wird, wenn er sich gerne an Versprechen, die abgegeben wurden, halten möchte.“

Von Anne Will auf Kurt Beck angesprochen sagte Duin: „Ich

möchte noch einmal betonen, dass ich nicht gegen Kurt Beck gestimmt habe, sondern gegen die Öffnung hin zur Linkspartei. Es muss doch möglich sein, innerhalb einer Partei unterschiedlicher Meinung zu sein, ohne eine Personaldiskussion zu beginnen.“ Duin fordert eine Rückkehr zur Sacharbeit: „Wir gewinnen unsere Geschlossenheit zurück, wenn wir uns auf unsere inhaltlichen Stärken besinnen. Dazu gehört eine klare Politik für Arbeitnehmer, Familien, Rentner, aber eben auch eine klare Abgrenzung zur Linkspartei. Die Linkspartei verspricht Dinge, die sie am Ende nicht halten kann. Viele ihrer Vorschläge sind wünschenswert, aber am Ende nicht machbar. Die SPD dagegen verbindet Gerechtigkeit mit Innovation und kann dieses in Parlamenten auch tatsächlich umsetzen.“



Garrelt Duin und Hannelore Kraft.

Wer die Sendung verpasst hat, kann dies unter

www.daserste.ndr.de/annewill nachholen.

Pflegeweiterentwicklungsgesetz

Wir haben in dieser Woche in abschließender Lesung den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz) beraten. Die Reform wird damit zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten können.

Die ambulanten Sachleistungsbeträge sollen bis 2012 schrittweise in den drei Pflegestufen in der ambulanten Pflege angehoben werden. Und das ohne Kürzungen im stationären Bereich. Dort sollen die Sachleistungen in der Pflegestufe III und bei Härtefällen ebenfalls erhöht werden.

Außerdem soll das Pflegegeld für pflegende Angehörige wie folgt angehoben werden: Seit 1995 wurden die Leistungen der Pflegeversicherung nicht verändert und unterliegen dadurch einem schleichenden Werteverfall. Deshalb sollen sie künftig in einem dreijährigen Rhythmus überprüft werden. Erstmals soll dies im Jahr 2015 erfolgen. Außerdem soll der Anspruch auf Tages- und Nachtpflege ausgebaut werden. Neben dem Anspruch auf Tages- und Nachtpflege soll auch ein 50-prozentiger Anspruch auf die jeweilige ambulante Pflegesachleistung oder das Pflegegeld für die weiterhin zu Hause notwendige Pflege bestehen. Ebenso soll umgekehrt neben dem vollen Anspruch auf Geld- und Sachleistung ein hälftiger Anspruch auf Tages- und Nachtpflege bestehen. Auch die Leistungen für die Tages- und Nachtpflege werden schrittweise angehoben.

Der SPD-Bundestagsfraktion



Das Pflegereform wird zum 1. Juli diesen Jahres in Kraft treten.

liegt es am Herzen, die kommunale Infrastruktur auf eine älter werdende Gesellschaft auszurichten. Deshalb sollen künftig wohnortnahe Pflegestützpunkte sicherstellen, dass die Angebote für Pflegebedürftige direkt vor Ort besser aufeinander abgestimmt und miteinander vernetzt werden.

Diese wichtigen Anlaufstellen für Pflegebedürftige und deren Angehörige, in denen ein sog. Fallmanagement durch qualifizierte Pflegeberater sowie umfassende und unabhängige, vernetzte Beratung angeboten wird, müssen von den Pflege- und Krankenkassen auf Antrag der Bundesländer eingerichtet werden. Die Union wollte gar keine Unterstützung der Betroffenen durch Pflegestützpunkte. Wir wollten die Stützpunkte und hatten für deren Aufbau 80 Millionen vorgesehen. Wir haben uns durchgesetzt und haben erreicht, dass den Ländern dafür nun immerhin 60 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Besonders erfreulich ist, dass die immer wieder geforderte neue Leistung für demenziell

erkrankte Menschen nun Wirklichkeit werden kann. Einen zusätzlichen Leistungsbetrag sollen erstmals Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz wie Demenz-, Alzheimerkranke oder geistig Behinderte erhalten.

Ein wichtiges Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion ist die Verbesserung der Pflegequalität und die Erhöhung der Transparenz im Pflegebereich. Hierzu ist unter anderem die Entwicklung von Qualitätsstandards für die stationäre und ambulante Pflege vorgesehen. der Krankenkassen stattfinden. Pflegende Angehörige sollen im Rahmen der sogenannten Pflegezeit in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten bis zu sechs Monate unbezahlt von der Arbeit freigestellt werden können. Sie sollen in dieser Zeit über die Pflegekassen sozialversichert werden.

Leider ist die Fraktion der CDU/CSU nicht bereit gewesen, den SPD-Vorschlag umzusetzen, für die kurzzeitige Freistellung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen von bis zu 10 Tagen eine Lohnersatz-

leistung über die Pflegekassen vorzusehen.

Es liegt auf der Hand, dass Verbesserungen in der Pflege nicht umsonst zu haben sind. Der Beitragssatz der Pflegeversicherung wird zum ersten Mal seit 1995 um 0,25 Beitragssatzpunkte auf 1,95 Prozent erhöht. Die Mehreinnahmen im Jahr 2008 werden rund 1,3 Milliarden Euro betragen, da der Beitragssatz zum 1. Juni angehoben wird. In den Folgejahren werden sich die Mehreinnahmen auf 2,5 Milliarden Euro belaufen.

Aus heutiger Sicht reicht die Beitragssatzerhöhung aus, um die Leistungen der Pflegeversicherung bis 2014/2015 sicherzustellen. Einen Anstieg der Lohnnebenkosten wird es nicht geben, da die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden.

Die Pflegereform wird ein Erfolg werden. Dennoch bleiben für uns für die Zeit nach 2009 zwei wichtige Punkte auf der Tagesordnung:

- die bezahlte kurzzeitige Freistellung zur Organisation der Pflege und
- die solidarische Finanzierung der Pflege.

Der Solidarausgleich darf nicht auf die gesetzliche Pflegeversicherung beschränkt bleiben. Deshalb halten wir an der im Koalitionsvertrag verabredeten Ausgleichszahlung der privaten Pflegeversicherung an die gesetzliche Pflegeversicherung fest. Darüber hinaus bleibt für uns als langfristiges Ziel eine von allen finanzierte Bürgerversicherung Pflege bestehen.

Klimapaket: Gesetzgebungsverfahren geht weiter

Der Deutsche Bundestag hat in 1. Lesung den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines „Gesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung“ sowie den Regierungsentwurf eines „Gesetzes zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für Wettbewerb“ beraten.

Beide Gesetzentwürfe sind Maßnahmen des im August 2007 beschlossenen Integrierten Energie- und Klimaprogramms (IEKP) der Bundesregierung. Mit der Einbringung der Gesetze in den Bundestag geht die Umsetzung des zukunftsweisenden Klimaschutzpakets in die nächste Runde.

Der Anteil der Stromerzeugung aus der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll bis 2020 auf 25 Prozent gesteigert werden. Hierfür sollen die Modernisierung und der Neubau von KWK-Anlagen sowie von mit KWK-Anlagenwärme gespeisten Wärmenetzen gefördert werden. Weitere Maßnahmen sind der befristete Schutz von bestehenden KWK-Anlagen und die Unterstützung der Markteinführung der Brennstoffzelle. Bis Ende 2014 sollen die durch die Novelle geförderten neuen und modernisierten Anlagen in Dauerbetrieb gehen; bis 2020 die neu- und ausgebauten Wärmenetze.

Die Förderung von KWK-Anlagen soll auf Basis eines durch die Netzbetreiber zu zahlenden Zuschlags erfolgen, der auf die Stromletzverbraucher umgelegt werden kann. Neu ist, dass neben dem bereits geförderten KWK-Strom, der in das



Ziel ist es, dass die Letztverbraucher von Strom und Gas gezielt energiesparendes Verhalten umsetzen.

Netz für die allgemeine Versorgung eingespeist wird, künftig auch der KWK-Strom berücksichtigt wird, der im Rahmen einer Eigenversorgung an ein Unternehmen des produzierenden Gewerbes geliefert wird. Auch die Wärmenetz-Förderung erfolgt über einen vom Netzbetreiber zu zahlenden Zuschlag. Dieser kann ebenso auf den Stromletzverbraucher umgelegt werden.

Durch die Förderung des Wärmenetzbaus sollen zusätzliche Wärmepotenziale erschlossen werden, um die Grundlage für den angestrebten Ausbau hocheffizienter KWK-Anlagen zu schaffen. Insgesamt 750 Millio-

nen Euro jährlich sollen für die Förderung der KWK und der Wärmenetze bereit gestellt werden; 150 Millionen Euro für den Ausbau der Netze und 600 Millionen Euro für die Wärmeerzeugung.

Mit der Novelle wird die Förderung von KWK-Anlagen und Wärmenetzen an die EU-KWK-Richtlinie 2004/8/EG von 2004 über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten KWK im Energiebinnenmarkt und die Einführung eines Herkunftsnachweises für KWK-Strom angepasst. Einbau, Betrieb und Wartung von Messeinrichtungen (Messstellenbetrieb) im Strom- und Gasbereich sind heute bereits für den

Wettbewerb geöffnet.

Die Ab- und Auslesung der Messgeräte ist jedoch alleinige Aufgabe des Netzbetreibers – insofern dieser Bereich nicht ausdrücklich durch eine Rechtsverordnung für Wettbewerb geöffnet ist.

Durch die Änderung des Energiewirtschaftsgesetz werden die Energieversorger unter anderem aufgefordert, in ihren Strom- und Gasrechnungen das Entgelt für den Zugang zu Strom- und Gasnetzen und gegebenenfalls darin enthaltene Entgelte für den Messstellenbetrieb und die Messung beim Endverbraucher gesondert auszuweisen.

Damit soll der Verbraucher besser über die Wirtschaftlichkeit der Anbieter informiert werden. Die breite Öffnung des Wettbewerbs im Messwesen bei Strom und Gas wird Grundlage für die Einführung innovativer Technologien im Zähl- und Messwesen sowie von Konzepten intelligenter Netze sein. Indem Verbraucher in die Lage versetzt werden, ihren Verbrauch zeitgenau und - vor allem - selbst zu analysieren, kann die Energiedienstleistung optimiert werden.

Ziel ist es, dass die Letztverbraucher von Strom und Gas gezielt energiesparendes Verhalten umsetzen. Die Bundesregierung hat im August in Meseberg beschlossen, dass über den Prozess der Öffnung des Messwesens innerhalb von sechs Jahren intelligente Zähler, möglichst flächendeckend zum Einsatz kommen sollen.

Verena Fischer fährt zum Jugendpressetag

Auf Einladung von Garrelt Duin wird die 18-jährige Schülerin des Ulrichsgymnasiums Norden, Verena Fischer, aus Halbmond am diesjährigen Jugendpressetag der SPD-Bundstagsfraktion vom 23. April bis 25. April 2008 in Berlin teilnehmen. Verena Fischer arbeitet an dem Schülerzeitungsprojekt „ULLI“ der Norder Schule mit.

Die SPD-Fraktion veranstaltet jährlich diesen Jugendpressetag. In diesem Jahr findet der 7. Jugendpressetag statt. Mit dem Jugendpressetag 2008 setzt die SPD den begonnenen Dialog mit jungen Schülerzeitungsredakteuren aus ganz Deutschland fort. Im letzten Jahr war ein Höhepunkt das Gespräch der Schülerzeitungsredakteure



in den Räumlichkeiten der Bundespressekonferenz mit dem damaligen Vizekanzler Franz Müntefering. Auch in diesem Jahr wird den jungen Zeitungsmachern ein interessantes und attraktives Programm angeboten, das zur Zeit geplant wird.

„Ich finde es gut, dass mit dem Jugendpressetag den jungen Schülerzeitungsredakteuren eine Möglichkeit gegeben wird, sich nicht nur über die Arbeit des Parlaments zu informieren, sondern auch das Zusammenspiel zwischen Journalismus und Politik einmal live miterleben“, sagte Garrelt Duin.

Verena Fischer vom Ulrichsgymnasium wird am diesjährigen Jugendpressetag der SPD-Bundstagsfraktion teilnehmen.

Ostfriesen besuchen Garrelt Duin in Berlin

Vom 31. März bis 3. April 2008 werden wieder rund 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis nach Berlin fahren. Die Ostfriesen erwarten ein interessantes Besuchsprogramm, das in Zusammenarbeit mit den Abgeordnetenbüros in Berlin und Norden vom Bundespresseamt erstellt wurde. Auf dem Programm stehen ein Besuch in der Willy-Brandt-Ausstellung im Schöneberger Rathaus, sowie eine durch das Willy-Brandt-Haus. Eine Stadtrundfahrt durch Berlin, an politischen Gesichtspunkten orientiert, rundet das Programm ab. Ein Höhepunkt wird der Besuch im Deutschen Bundestag. Dort wird die Gruppe den Plenarsaal besichtigen und in einem Vortrag über die Aufgaben und Arbeit des Parlaments informiert.



U2-Sänger Bono besucht Bundestagsfraktion

Von einem Rockstar muss man sich schon so einiges bieten lassen. Nicht nur die Bühne mussten Peter Struck und seine Stellvertreter am Dienstag mit U2-Sänger Bono teilen. Der berühmte Ire ergriff auch gleich die Glocke, mit der sonst der Fraktionsvorsitzende seine Abgeordneten zur Disziplin ruft. Bono wollte Gehör finden für einen Kontinent, der ohne fremde und ohne prominente Hilfe der Armutsfalle nicht entkommt: Afrika.

Dass er in der SPD-Fraktionssitzung auf offene Ohren stoßen würde, wusste er. Bono erinnerte daran, wie 1999 beim G8-Gipfel in Köln die Entschuldigungsinitiative für die ärmsten Länder begonnen wurde – angestoßen von Gastgeber Gerhard Schröder. „Es gibt eine neue Stimmung in diesem Land“, sagte der Sänger, die Menschen wollten eine gerechtere Welt. Mit einem Plus von 750 Millionen Euro zeigt der aktuelle Etat des



U2-Sänger Bono und Peter Struck am vergangenen Dienstag.

Entwicklungsministeriums, wie drängend das Thema für die Sozialdemokraten ist. Applaus gab es deshalb von Bono für den Finanzminister Peer Steinbrück. „Es doch möglich sein, jedes Kind zur Schule zu schicken“, mahnte Bono. Ein Schritt dorthin ist gemacht: Seit 2000 ist die Zahl der Kinder in Afrika ohne Schulplatz von 125 Millionen auf 72 Millionen gesunken, statt

sieben Schüler müssen sich nur noch drei ein Buch teilen. „Es ist nicht perfekt, aber besser“, erklärte der U2-Frontmann. Die Millenniumziele sind damit noch lange nicht erreicht. Der Besuch in der Fraktion war nur mit ein bisschen Schwindelei möglich. Seine Band glaube, er sei zu Studio-Aufnahmen in Dublin. „Ich bin durchs Badezimmerfenster raus“, scherzte Bono.

Termine

- **Dienstag, 25. März 2008**
Gespräch mit Gewerkschaften und SPD UB Emden
- **Donnerstag, 27. März 2008**
Diverse Gesprächstermine in Emden
- **Freitag, 28. März 2008**
Verabschiedung des SPD-Landesgeschäftsführers Frank Wilhelmy in Hannover
- **Sonnabend, 29. März 2008**
SPD Bezirksvorstand Weser-Ems in Oldenburg
- **Montag, 31. März 2008**
SPD-Parteivorstand, sowie Begrüßungsabend der Besuchergruppe in Berlin

Spruch der Woche

Die Bahn muss leiser werden!

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de



Die hessische Landesvertretung in Berlin...